# Wenn die Statistik die Reichsten übersieht

Noch immer gilt die Einkommensungleichheit in der Schweiz als moderat und wird teilweise sogar als stabil und niedrig beschrieben. Gleichzeitig ist die Vermögensungleichheit extrem. Nun zeigt eine neue Studie, dass die Einkommensungleichheit grösser ist als bisher angenommen – mit Implikationen für die Steuerpolitik und den Beitrag der Reichsten.

Die Schweiz gehört weltweit zu den Ländern mit der höchsten Vermögenskonzentration. Das reichste Prozent der Haushalte besitzt heute 46 Prozent aller Vermögen, 1990 waren es erst 30 Prozent (siehe Denknetz 2026, Baumann und Fluder 2025a und 2025b). Gleichzeitig verfügt die Hälfte der Bevölkerung kaum über Vermögen. Hinzu kommt, dass die Gesamtvermögen im Vergleich zu den Einkommen immer wichtiger werden, was die Ungleichheit der gesamten finanziellen Ressourcen zusätzlich verschärft. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich also zunehmend bei einer kleinen Gruppe sehr Reicher.

Im Gegensatz dazu liegt die Schweiz bei der Einkommensungleichheit im europäischen Mittelfeld. Diese Diskrepanz ist erklärungsbedürftig: Aus den extremen Vermögen der reichsten Steuerpflichtigen müssten eigentlich erhebliche Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Mieteinnahmen) entstehen, die sich auch auf die Einkommensungleichheit auswirken müsste.

## Die systematische Unterschätzung hoher Einkommen

Diese Diskrepanz lässt sich damit erklären, dass hohe Einkommen systematisch unterschätzt werden. Meist werden für die Messung der Ungleichheit Steuerdaten verwendet; eine Datenquelle mit vielen blinden Flecken bei Vermögenden und Einkommensreichen.

Steuerprivilegien – Teilbesteuerung von Dividenden von Grossaktionär:innen, steuerfreie Ausschüttungen aus Kapitaleinlagereserven sowie Pauschalbesteuerung – führen dazu, dass ein erheblicher Teil der Kapitaleinkommen statistisch nicht erfasst wird.

Ein weiterer blinder Fleck sind Kapitalgewinne. Wertsteigerungen von Aktien, Unternehmen oder Immobilien sind in der Schweiz für Privatpersonen grösstenteils steuerfrei. Sehr vermögende Personen können diese Wertzuwächse aber wirtschaftlich wie Einkommen nutzen, etwa durch Belehnung der Vermögenswerte. Hinzu kommen nicht deklarierte Einkommen infolge Steuerhinterziehung. Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich enorme Summen an Einkommen unversteuert bleiben. Es liegt auf der Hand, dass dies vor allem die höchsten Einkommen betrifft.

Wenn auch diese in den üblichen Statistiken nicht ausgewiesenen Einkommen berücksichtigt werden, fällt die Einkommensungleichheit deutlich grösser aus. Eine Studie von Baselgia et al. (2026) setzt an diesem Punkt an, indem sie zusätzliche Datenquellen miteinbezieht und die bisherige Ungleichheitsstatistik relativiert: Die Einkommensverteilung in der Schweiz ist in dieser gesamtheitlichen Betrachtung deutlich ungleicher als bisher ausgewiesen.

**Autoren**

**Hans Baumann ist Ökonom und Publizist. Er arbeitete bei der Gewerkschaft Unia und ist Gründungsmitglied von Denknetz.**

**Robert Fluder ist Sozialwissenschaftler und emeritierter Professor der Berner Fachhochschule. Er forscht und publiziert insbesondere zu Fragen der sozialen Sicherheit und der Ungleichheit.**

**Nicolas Huber studierte Ökonomie und Politologie. Er arbeitet als Sekretär der SP Schaffhausen.**





Literatur

Baselgia, Enea/Gurtner, Remo/Koller, Julian/Martínez, Isabel Z. (2026): Income, Wealth, and Redistribution in a Tax Haven: Distributional National Accounts for Switzerland, CESifo Working Paper No. 12977, München.

Baumann, Hans/Fluder, Robert (2025a): *Das Schweizer Steuersystem als Treiber der Ungleichheit*, Denknetz, Zürich.

Baumann, Hans/Fluder, Robert (2025b): Konservierung von Ungleichheit und Klassenstruktur: Entwicklungen seit 1950, in: Spéth, Arman/Iten, Dominic/Brügger, Lukas (Hrsg.): *Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise*, Wien, S. 148–166.

Denknetz (2026): Gleichheitsmonitor 2026, Zürich.

## Höhere Einkommen, tiefere Steuern

Wenn Einkommen stärker konzentriert sind als bisher angenommen und die Vermögensungleichheit stetig zunimmt, geht es auch um die Frage, ob die kleine Gruppe der Reichsten ihren angemessenen Beitrag leistet. Diese Gruppe erlangt zudem mit ihrer wirtschaftlichen Macht immer mehr politischen Einfluss und stellt demokratische Abläufe infrage. Besonders offensichtlich ist diese Tendenz in den USA, wo Tech-Milliardäre ihre politische Macht bereits massiv ausgeweitet haben.

Eine wirksame Massnahme, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind angemessene Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen. Anstelle solcher Massnahmen wurden aber die Erbschafts-, Vermögens- und Unternehmenssteuern in den letzten Jahrzehnten noch weiter gesenkt.

Die ersten Ergebnisse der Studie von Baselgia und Kolleg:innen zeigen, dass beim höchsten Einkommensprozent die Steuerlast im Verhältnis zum Einkommen abnimmt. Die Einkommensstärksten leisten somit einen immer geringeren Beitrag zur Finanzierung der Gesellschaft.

Die politische Frage, weshalb diese Gruppe steuerlich geschont wird, erhält zu Recht auch international immer mehr Aufmerksamkeit. Der Ökonom Gabriel Zucman schlägt deshalb eine Vermögenssteuer von zwei Prozent auf sehr grosse Vermögen vor. Auch in der Schweiz geniesst eine eidgenössische Vermögenssteuer breite Unterstützung. Selbst der Milliardär Alfred Gantner forderte eine zusätzliche Besteuerung grosser Vermögen.

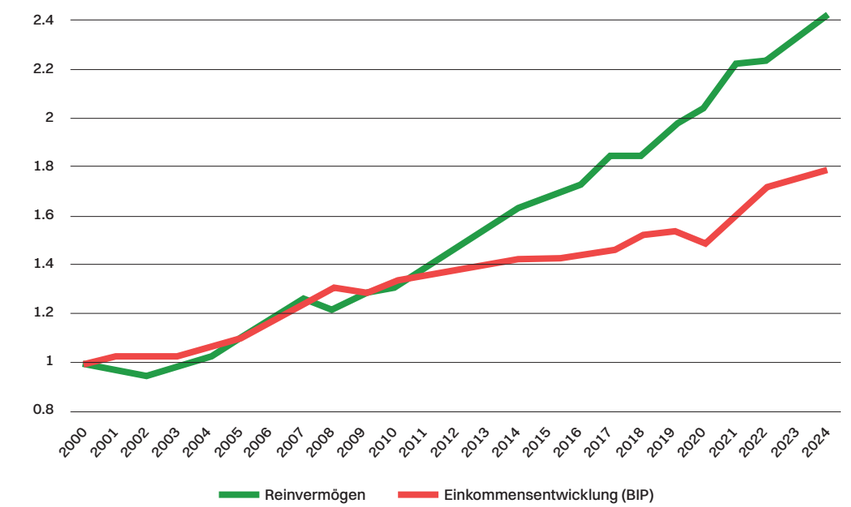
## «Tax the Rich»

Bereits eine moderat ausgestaltete Bundesvermögenssteuer auf Vermögen über 50 Millionen Franken mit progressiven Sätzen würde dem Bund jährlich 15 bis 20 Milliarden Franken einbringen. Mit einer solchen Steuer würde der kleine Kreis der reichsten Personen einen angemessenen Beitrag an die gesamtgesellschaftlichen Ausgaben leisten.

Ein erheblicher Teil grosser Vermögen beruht auf den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der öffentlichen Infrastruktur der Schweiz. Während Lohneinkommen hoch besteuert werden, bleiben private Kapitalgewinne weitgehend steuerfrei. Die Ungleichbehandlung bevorzugt grosse Vermögen und benachteiligt Personen, deren Einkommen überwiegend aus Arbeit stammt. Diese Benachteiligung der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist ungerecht.

Die Schweiz ist nicht weniger ungleich als andere Länder, ganz im Gegenteil. Solange die Einkommen am oberen Ende systematisch unterschätzt werden, unterschätzen wir auch die Ungleichheit in unserer Gesellschaft und deren Konsequenzen. Und wie viel die Reichsten zur Finanzierung unserer Gesellschaft eigentlich beitragen könnten – oder müssten.

**Indexierte Entwicklung der Einkommen und Vermögen in der Schweiz seit 2000**




Quellen: SNB, Finanzierungsrechnung der Schweiz; BFS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
Hinweis: Indexierte Entwicklung 2000=1.